

Vorratsdatenspeicherung

Unverhältnismäßig, ineffizient und teuer

Verschlüsselungsfanatiker

verschluesselungsfanatiker@gmx.de

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Inhalt

Vorratsspeicherung von Daten

Kritik an der Vorratsspeicherung

Weitere Überwachungsmaßnahmen

AK Vorratsdatenspeicherung

Vorratsspeicherung von Daten

- ▶ Begriff aus dem Datenschutz- und Telekommunikationsrecht
- ▶ Speicherung personenbezogener Daten für eine *spätere Verarbeitung*, wobei der *Verarbeitungszweck* zum Zeitpunkt der Speicherung noch *nicht klar feststeht*

Betroffene Kommunikationsdienste: Telefon (Sprachdienste, Konferenzschaltungen, Sprachspeicherung, Rufumleitung, etc.), Mitteilungsdienste (z. B. SMS, MMS), Internet (E-Mail, VoIP)

Bestandsdaten

Name, Adresse,
Bankverbindung, etc.

Verkehrsdaten, Verbindungsdaten

Zeitstempel (Beginn und Ende), Dauer,
eindeutige Teilnehmerkennungen
(z. B. Rufnummer, IMEI, IP-Adresse),
ggf. Standortdaten (z. B. Funkzelle)

EU-Richtlinie 2006/24/EG

Vorratsspeicherung von Daten, die bei *öffentlich zugänglichen* Kommunikationsdiensten erzeugt oder verarbeitet werden

Hintergrund: Verhütung, Ermittlung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten (insb. Terrorismus)

Zweck: Unterschiedliche nationalen Vorschriften harmonisieren

Inhalt der Richtlinie: (ändert 2002/58/EG, Datenschutzrecht)

- ▶ Gegenstand (Kommunikationsdienste) und Anwendungsbereich (juristische und natürliche Personen)
- ▶ Vorratsspeicherungspflicht des Anbieters
- ▶ Zugangsberechtigungen (Ausgestaltung Mitgliedsstaat)
- ▶ Kategorien von Daten, die gespeichert werden (keine Inhalte)
- ▶ Speicherungsfristen (mindestens 6, höchstens 24 Monate)

Klage (Irland) vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig

Regierungsentwurf (April 2007)

Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen (TKG-E)

- ▶ Verpflichtet Anbieter von Telekommunikationsdiensten zur Vorratsspeicherung von Verkehrs- und ggf. Standortdaten für *Telefon- und Mitteilungsdienste, E-Mail, Internetzugang*
- ▶ Speicherfrist: 6 Monate (keine unverzügliche Löschungspflicht)
- ▶ Zugriffsrechte:
 - 1** Strafverfolgungsbehörden bei „erheblichen“ Straftaten und auch bei *mittels Telekommunikation begangenen Straftaten*; zusätzlich zur Gefahrenabwehr
 - 2** Nachrichtendienste (BND, Verfassungsschutz, MAD) zur *Erkenntnisgewinnung* im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben

Agenda:

- ▶ Verabschiedung im Bundestag: Herbst 2007
- ▶ Inkrafttreten: geplant zum 1. Januar 2008

Allgemeine Kritik

Die geplante Vorratsspeicherung (Umsetzung im TKG-E) . . .

- ▶ greift *unverhältnismäßig* in die Privatsphäre ein,
- ▶ beeinträchtigt *berufliche Aktivitäten* (z. B. Medizin, Recht, Kirche, Seelsorge und Beratung, Journalismus) ebenso wie politische und unternehmerische Aktivitäten, die *Vertraulichkeit* voraussetzen,
- ▶ verhindert Terrorismus oder Kriminalität nicht, da sie von Kriminellen *leicht umgangen* werden kann,
- ▶ verstößt gegen das *Menschenrecht auf Privatsphäre* (EMRK) und die informationelle Selbstbestimmung,
- ▶ ist *teuer* und belastet Wirtschaft und Verbraucher,
- ▶ diskriminiert Nutzer von Telefon, Mobiltelefon und Internet gegenüber anderen Kommunikationsformen.

Spezielle Kritik

- ▶ *Überschießende* Richtlinienumsetzung im Regierungsentwurf:
 - ▶ Speicherpflicht für Anonymisierungsdienste
 - ▶ Identifizierungszwang zur Einrichtung von E-Mail-Konten
 - ▶ Zugriffsrechte sind zu weit gefasst (unklare Zweckbindung)
 - ▶ Verfrühte Einführung der Internetprotokollierung
 - ▶ Fehlende Entschädigungsregelung für Anbieter
- ▶ *Zugriffsbefugnisse* werden im Nachhinein oft ausgeweitet (z. B. Verwendung der LKW-Mautdaten zur Strafverfolgung)
- ▶ Gespeicherte Daten sind *Missbrauch* ausgesetzt („Hacker“- bzw. Insider-Angriffe, unbefugte Verwendung)

Alternativen: Einzelfallbezogenes Quick-Freeze-Verfahren

Überwachungsmaßnahmen: „Schäuble-Katalog“

“Wer grundlegende Freiheiten aufgibt, um vorrübergehend ein wenig Sicherheit zu gewinnen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit.”

BENJAMIN FRANKLIN (1706–1790)

- ▶ „Online-Durchsuchungen“
- ▶ Videoüberwachung und Gesichtserkennung
- ▶ Biometrische Ausweise, genetischer Fingerabdruck
- ▶ Anti-Terror Datei (Geheimdienste vs. Polizei)
- ▶ Einsatz der Bundeswehr im Inland
- ▶ Verbot von Anonymisierungsdiensten und Kryptographie

AK Vorratsdatenspeicherung

Bundesweiter Zusammenschluss von

Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de/>

Forderungen:

- ▶ Appell an Politik: Vorratsspeicherung grundsätzlich ablehnen
- ▶ Umsetzungsstopp (Entscheidung der Nichtigkeitsklage und der Verfassungsbeschwerde zur Bestandsdatenspeicherung)

Kampagnen: Verfassungsbeschwerde, Kunstaktionen, etc.

Erklärung: Mitglieder und Ortsverbände von SPD, CDU, CSU

*Risiken der Vorratsdatenspeicherung ernst nehmen –
und keine Fakten schaffen!*